

# DIE PRESSESTELLE

Az.: GB10/SG11

der Stadt Unterschleißheim

20.03.2007

## Starke Solidargemeinschaft Nordallianz lehnt Transrapid ab

Alle acht Kommunen der Nordallianz zeigten sich solidarisch und haben sich einheitlich gegen den Bau des Transrapids ausgesprochen. Obwohl nur vier der acht Mitgliedskommunen von der möglichen Trasse direkt betroffen wären, haben alle Bürgermeister zu Beginn des Erörterungstermins für die betroffenen Gemeinden am 19. März ihre Ablehnung gegen dieses Projekt nochmals deutlich gemacht. In dem Erörterungstermin, der die Anliegen der Gemeinden Neufahrn, Eching, Oberschleißheim und Unterschleißheim behandelt, hatten die betroffenen Kommunen zu Beginn die Möglichkeit, eine Zusammenfassung ihrer Einwendungen vorzubringen. Herr Bürgermeister Zeitler, Herr Riemensberger (Gemeinde Eching) und Frau Ziegler (Gemeinde Oberschleißheim) haben dabei zum Ausdruck gebracht, dass die von den Anliegerkommunen im Planfeststellungsverfahren vorgebrachten vielschichtigen Einwendungen und Argumente gegen den Bau des Transrapids bisher vom Vorhabensträger, der Magnetbahn GmbH, in keinsten Weise schlüssig und überzeugend entkräftet werden konnten und deshalb nach wie vor Bestand haben. Die Kommunen haben in ihren Stellungnahmen klar zum Ausdruck gebracht, dass der Bau einer Magnetschwebebahn für viele Bewohner mit Nachteilen verbunden ist und von dem Betreiber bislang keine vergleichbaren, weitaus vorteilhafteren Alternativen, wie zum Beispiel die einer Express-S-Bahn, untersucht worden sind. Gerade entlang der bestehenden S-Bahn-Linie befinden sich wertvolle Entwicklungspotentiale. Der Transrapid hätte keine positive Auswirkung, weil er nur den Hauptbahnhof München mit dem Flughafen verbindet und für die Wohnbevölkerung und die Wirtschaftsbetriebe ohne Mehrwert ist. Zudem stellt er ein schweres Entwicklungshemmnis für die betroffenen Kommunen dar. So wäre mit dem Transrapid endgültig die Möglichkeit verbaut, die derzeit in den Orten verkehrenden Güter-, Fern- und Nahverkehre zu entflechten und neue Entwicklungschancen für die Orte zu schaffen. Der Rechtsanwalt, der die Kommunen in dieser Angelegenheit vertritt, hat zu Beginn des Erörterungstermins noch einmal die Erforderlichkeit der Anbindung des Flughafens ausschließlich mit dem Transrapid in Frage gestellt und auch auf dessen ungelöste Finanzierung hingewiesen. Der Erörterungstermin dauert insgesamt noch bis Juli dieses Jahres an.

